



Foto: fotolia/Mr Doomits

Foto: imago/ZUMA Press

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 30. Oktober 2017

72. Jahrgang/Nr. 253

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Katalanische Schnellschüsse

Alexander Isele findet die Unabhängigkeit überhastet

»Was du tust, tue es klug und bedenke das Ende!«, sagt eine uralte Weisheit. Die katalanischen Unabhängigkeitsbefürworter haben sich verzockt. Mit dem Referendum haben sie gehofft, Madrid zu Gesprächen über mehr Autonomie zu bewegen, doch die Franco-Nachfolgepartei unter Ministerpräsident Rajoy hat nicht mal daran gedacht.

Gefangen in einer Spirale, in der Reaktion auf Reaktion folgte, hat das katalanische Regionalparlament die Loslösung von Spanien eingeleitet, ohne ein klares Angebot für die Zeit danach zu haben. Damit spaltet sie nicht nur die Katalanen, sondern nimmt den Absturz der Wirtschaft in Kauf und gefährdet damit die Lebensgrundlage der Menschen. Glauben die Befürworter wirklich, dass sie einen Machtkampf auf der Straße gewinnen können? Und selbst wenn sie es schaffen, wie soll ein unabhängiges Katalonien überleben, außerhalb der EU, ohne eigene Währung, mit Zollpflicht und Grenzkontrollen? Das wären die unmittelbaren Konsequenzen einer einseitig ausgerufenen Unabhängigkeit. Immer mehr Katalanen scheinen das zu bemerken: In Umfragen verlieren die Unabhängigkeitsbefürworter ihre bisherige hauchdünne Mehrheit, und die einflussreiche Bürgermeisterin Barcelonas distanziert sich.

Seinen Drohungen und Maximalforderungen musste Puigdemont irgendwann Taten folgen lassen. Diese Eile hat fatale Folgen: Nicht anerkannt und isoliert droht einer Republik Katalonien das Scheitern, bevor es sie überhaupt gibt.

## UNTEN LINKS

Das hatte sich die SPD fein ausgedacht: Zum großen Reformationsjahr wollten sie den besten Reformator ins Feld schicken, um die protestantische Pöpstin mit der biblischen Amtszeit aus dem Kanzelamt zu werfen. Wie einst Martin der Mönch aus Eisleben am Harz sollte nun Martin der Buchhändler aus Würselen die Verhältnisse aus der Provinz heraus umstürzen. Und es lief so gut an: Statt schöner 95 Thesen gab es 100 Prozent Zustimmung, dank Gutenbergscher Buchdrucktechnik ging schon das Wort vom »Sankt Martin« um die Welt, die Christen-Union stand kurz vorm Schisma. Doch kometenhaftem Aufstieg folgte der Absturz in Asche, zu sehen auf Phoenix. Da half nicht einmal das Heil in persona Hubertus. Und Sankt Martin erkannte sich im Spiegel nicht wieder – hatte er nicht an seine reformatorischen Gaben geglaubt? Oder gar vergessen, dass, wer glaubhaft reformieren will, erst einmal weit weg vom Har(t)z muss? Im Jahr 2363, zum 500. SPD-Jubiläum erfahren wir es. Im ZDF. stf

ISSN 0323-3375



# Stunde Null in Deir Ez-Zor

Trauer und neue Hoffnung in der leidgeprüften syrischen Großstadt



Improvisierter Friedhof in Deir Ez-Zor

Foto: imago/El Mundo

Deir Ez-Zor. Die ostsyrische Provinzhauptstadt gilt als befreit. Jahrelang war sie ein Hort des Todes und der Verzweiflung, Ort erbitterter Kämpfe. Erst machte sich die regierungsfeindliche Freie Syrische Armee in ihr breit, ehe sie selbst von der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) vertrieben wurde. Die Armee vermochte nur den Flugplatz zu verteidigen. Nach verlustreichen Kämpfen steht Deir Ez-Zor nun wieder unter Regierungskontrolle. Aber »befreit« ist nicht gleichzusetzen mit »überall friedlich«.

Die syrische Armee hatte am 5. September die seit 2014 andauernde Belagerung der Stadt

durch die Dschihadistenmiliz durchbrochen. Doch der Frieden ist noch brüchig. Erst am Wochenende gab es wieder Gefechte zwischen Armee-Einheiten und versprengten Dschihadistengruppen. Erneut gab es Dutzende Tote und Verletzte. Die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London gibt die Opferzahl mit mindestens 73 Menschen an. Unter den Toten seien 50 IS-Kämpfer und 23 Soldaten. Andere autorisierte Angaben existieren nicht.

Die syrischen Streitkräfte kontrollieren die Stadt großteils. Sie seien am Sonntag weiter gegen die IS-Kämpfer vorgerückt. »Der IS ist

jetzt eingeschlossen in einem Gebiet zwischen der Stadt und dem Euphrat«, heißt es aus London. Trotzdem kehren die ersten der Zehntausenden geflohenen Menschen zurück, wovon sich unsere Nahostkorrespondentin Karin Leukefeld dieser Tage überzeugen konnte.

Die Rückkehrer beseelt die Sehnsucht nach Frieden, weshalb sie der achten Runde der Syrien-Friedensgespräche, die am 28. November in Genf beginnen sollen, trotz aller Rückschläge mit verhaltenem Optimismus entgegensehen. UN-Syrien-Vermittler Staffan de Mistura hatte die Verhandlungen am Donnerstag in Genf angekündigt. roe Seite 2

# 300 000 für die Einheit Spaniens

Das Ende der Ruhe vor dem Sturm: Großdemonstration gegen die katalanische Unabhängigkeit

Nach der Auflösung der katalanischen Regierung fordern spanische Politiker die Verhaftung des abgesetzten Regierungschefs Carles Puigdemont. Der bekommt ein Asylangebot.

Von Ralf Streck, Barcelona

In Barcelona sind am Sonntag nach Angaben der Polizei etwa 300 000 Menschen auf die Straße gegangen, um nach der Erklärung der Unabhängigkeit durch das katalanische Parlament am Freitag für die Einheit Spaniens zu demonstrieren. Die Veranstalter sprachen übertrieben von 1,1 Millionen.

Redner wie der ehemalige sozialistische Bauminister Josep Borrell forderten von der Justiz, »schnell ihre Arbeit zu tun«. Gemeint ist unter anderem die Inhaftierung von Regierungschef Carles Puigdemont und seinen Kabinettsmitgliedern, dessen Regierung nach Anwendung des Paragraphen 155 am Freitag offiziell von

Ministerpräsident Mariano Rajoy aufgelöst wurde. Der ließ darüber hinaus für den 21. Dezember Neuwahlen ausrufen. Bis dahin will er von Madrid aus durchregieren.

Während bereits zwei Präsidenten von zivilgesellschaftlichen Organisationen wegen »Aufruhrs« inhaftiert wurden, wirft die Staatsanwaltschaft Puigdemonts Regierungsgliedern sogar »Rebellion« vor. Damit drohen ihnen Haftstrafen von bis zu 30 Jahren. Der belgische Minister für Migration, Theo Francken, bot Puigdemont am Sonntag politisches Asyl an. Der Vorwurf der Rebellion ist nach Ansicht von Juristen absurd, da das Gesetz dafür eine »öffentliche und gewaltsame Erhebung« voraussetzt. Die Mobilisierungen der Katalanen – mit bis zu zwei Millionen Menschen – zeichneten sich jedoch stets durch Friedfertigkeit aus.

Nicht so die spanischen Sicherheitskräfte. Am 1. Oktober beschossen sie Teilnehmer des Un-

abhängigkeitsreferendums mit verbotenen Gummigeschossen. Anders ist auch das Vorgehen der spanischen Neonazis und Falangisten, die am Sonntag erneut mitmarschieren durften. Sie griffen schon am Freitag eine Niederlassung des öffentlich-rechtlichen ka-

»Wir haben nicht die Macht der Gewalt und wollen sie auch nicht.«

Carles Puigdemont

talanischen Rundfunks und eine katalanische Sprachschule an, schlugen Scheiben ein und verletzten mehrere Menschen.

Die Unabhängigkeitsbewegung rief erneut dazu auf, sich nicht provozieren zu lassen. In einer Regierungserklärung erklärte Pu-

igdemont am Samstag, dass man nun »Geduld, Ausdauer und Perspektive« benötige. Auf die Zwangsmaßnahmen nach Paragraph 155 sowie gegen Repression und Drohungen solle stets friedfertig geantwortet werden. »Wir haben nicht die Macht der Gewalt und wollen sie auch nicht«, bat er alle Unabhängigkeitsbefürworter, besonnen zu bleiben.

Sein ebenfalls offiziell abgesetzter Stellvertreter und Wirtschaftsminister Oriol Junqueras stellte die Bevölkerung im Kampf um die Durchsetzung der Republik ebenfalls auf einen »langen und steilen Weg ein«. Er forderte eine gemeinsame Strategie, in der auch Kreise über die Unabhängigkeitsbewegung hinaus einbezogen werden müssten. »In den nächsten Tagen werden wir Entscheidungen treffen müssen, die nicht immer leicht zu verstehen sein werden.« Er machte klar, dass Spanien alles tun werde, um den Unabhängigkeitsprozess zum Scheitern zu bringen.

## Ihr Vergehen: Ja zu Friedensappell

Massenanklage gegen türkische Akademiker in Deutschland

Hamburg. Erneut nimmt die Regierung in Ankara in Deutschland lebende Personen mit türkischen Wurzeln ins Visier. Wie am Sonntag bekannt wurde, bereitet die Istanbuler Staatsanwaltschaft dazu eine Massenanklage vor. Der Schlag richtet sich nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks gegen Dutzende Akademiker, die im Januar 2016 einen Friedensappell unterschrieben hatten, in dem sie den türkischen Staat aufforderten, Zerstörungen in den Kurdengebieten zu stoppen. Damals hatte die türkische Armee unter dem Vorwand, militante Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu bekämpfen, ganze Wohnviertel in Schutt und Asche gelegt.

Der Appell dagegen wurde seinerzeit von 1128 Personen unterzeichnet. Die Regierung behauptet nun, der Friedensaufruf trage »den Charakter der offenen Propaganda für die Terrororganisation PKK«. »Unsere eigentliche Schuld ist es, dass wir den Staat zum Frieden aufgefordert haben«, sagt Muzaffer Kaya, einer der Betroffenen von der TU Berlin. nd

## Rentenkasse warnt wegen Mütterrente

Beiträge müssten erhöht werden

Berlin. Die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung hat die Jamaika-Unterhändler vor der Ausweitung der Mütterrente gewarnt. »Sollte die Aufstockung der Mütterrente wieder ohne Steuermittel gestemmt werden, müsste der Beitragssatz früher steigen, als bisher erwartet,« sagte Versicherungspräsidentin Gundula Roßbach. Die CSU pocht in den Jamaika-Sondierungen auf die Erhöhung der Rente: Frauen, die Kinder vor 1992 geboren haben, sollen nicht wie bislang zwei, sondern drei Jahre Erziehungszeit angerechnet bekommen. Wegen einer Stichtagsregelung bekommen heute nur die Mütter drei Jahre angerechnet, die ihre Kinder nach 1992 geboren haben. Roßbach sagte, nach heutigem Stand steige der Beitragssatz bis 2022 nicht; sollte sich die CSU durchsetzen, sei ein Beitragssatzanstieg in der kommenden Legislaturperiode aber wahrscheinlich. Die Ausweitung der Mütterrente ist nach Auffassung der Deutschen Rentenversicherung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie solle deshalb mit Steuermitteln finanziert werden. flh

## EU erhöht Druck bei Abschiebungen

Kommission droht Herkunftsstaaten

Berlin. Die EU-Kommission droht Herkunftsstaaten bei Verhandlungen über die Rücknahme von abgelehnten Asylbewerbern erstmals mit Beschränkungen bei der Visavergabe. Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) gegenüber der »Welt am Sonntag« sagte, zielt die Maßnahme auf Inhaber von Dienst- und Diplomatpässen. In Gesprächen mit Vertretern der Regierung von Bangladesch habe die Drohung zu einem Einlenken geführt. Nach Angaben der EU-Kommission einigten sich beide Seiten auf die Einhaltung eines Standardverfahrens bei Rückführungen. Aus Bangladesch gelangten in diesem Jahr über die zentrale Mittelmeerroute rund 17 000 Migranten nach Europa. Derzeit verhandelt die EU auch mit mehreren afrikanischen Staaten. Während die Migration aus dem Nahen Osten über den Balkan und die Türkei abgeflaut ist, hat besonders die Wanderung aus Westafrika zugenommen. Die meisten Migranten, die an der Südküste Italiens ankommen, stammen aus den Ländern Nigeria und Guinea. flh Seite 6